

Berliner Tageblatt



Nr. 63

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Donnerabend, 6. Februar 1926

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

Deutschlands Beitritt zum Völkerbund.

Die Unterredung Hoersch-Briand.

Die Frage der Ratifizierung. — Die Abrüstung. — Bèrenger bei Coolidge.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 6. Februar.

Ueber die Unterredung des Botschafters v. Hoersch mit Briand hat die französische Presse am Quai d'Orsay einige Mitteilungen erhalten, die zwar keine Sensation bringen, aber immerhin einige neue Einzelheiten. Daß die Anmeldung zum Völkerbund am Montag oder spätestens Dienstag früh nach Genf abgehen soll, wird als feststehend betrachtet. Sobald das Generalsekretariat des Völkerbundes die Mitteilung erhalten hat, wird es die Vertreter der Mächte im Rat benachrichtigen. Die Sitzung des Rates wird unter dem Vorsitz Scialoja am nächsten Freitag stattfinden. Da Briand Paris nicht verlassen kann, wird der französische Botschafter in Bern Jean Hennessy den Ministerpräsidenten vertreten. Der Rat wird wahrscheinlich beschließen, eine außerordentliche Sitzung des Bundes für Anfang März einzuberufen, in der die Aufnahme Deutschlands erfolgen soll. Der „Matin“ schreibt, daß Dr. v. Hoersch gesagt habe, ob Briand mit der Beschleunigung der Aufnahme Deutschlands einverstanden sei und daß Briand erklärt habe, er stimme mit den Anschauungen des Botschafters vollkommen überein. In einem anderen Blatt („Excelsior“) wird hinzugefügt, daß man sich am Quai d'Orsay sehr befreudigt über das „korrekte Verhalten der Reichsregierung“ ausgesprochen habe. Bis hierher gibt es keine neue Offenbarung. Wesentliche Unterredungen hat der deutsche Botschafter mit Briand und Bertelot schon sehr häufig gehabt, und da beide Regierungen den Beitritt zum Völkerbund wünschen, ist es nicht wunderbar, daß ihre Vertreter über die Beschleunigung der Prozedur einverstanden sind. Nun aber kommt etwas Neues: Alle französischen Blätter berichten, daß in der Unterredung auch über die Verteilung der Sitze im Völkerbundrat gesprochen worden sei. Es sei bei der Rede davon gewesen, die Anzahl dieser Sitze zu vermehren. Daß Deutschland einen Sitz erhalten werde, ist abgemacht. Außer Polen, das gleichfalls einen ständigen Platz begehrt, sollen aber nach Spanien als Vertreter der Neutralen und Brasilien einen Sitz beantragen. „Diese Frage hat zwar der Völkerbund zu entscheiden“, schreibt der „Petit Parisien“, „aber es ist natürlich, daß die französische Regierung über sie ihre Ansicht zu äußern wünscht.“ Ueber diesen zweiten Teil der Unterredung wird noch einiges zu sagen sein. Durch die von Frankreich gewünschte Vermehrung der Sitze im Rat könnte eine Schwächung der Stellung Deutschlands im Bund erreicht werden, falls nicht, wie so oft, alles gewöhnlich in der Praxis anders kommt, als die künftige diplomatische Theorie es sich ausdenkt. Daß die Vertreter Spaniens und Brasiliens beim Völkerbund Frankreichs beider Vertretung der Abrüstungskonferenz Hilfe geleistet haben, daß sie zwar in politischem Sinne neutral, persönlich aber französischen Interessen zugeeignet sind, ist bekannt.

Die Abrüstungsvorkonferenz soll, wie gleichfalls am Quai d'Orsay erklärt wurde, so rasch wie möglich nach dem Eintritt Deutschlands zusammentreten, vielleicht schon am 12. April. Ueber die Art, wie die Verhandlung in Washington aufgenommen worden sei, berichtet heute ein Kabeltelegramm des „Petit Parisien“ etwas anders, als es in den ersten Mitteilungen geschah, nach denen Coolidge sich der französischen Auffassung gegen angeschlossen hätte. Gerade das Gegenteil scheint richtig zu sein. Erst durch die Erklärungen des Bèrengers Bèrenger sei, scheint es jetzt, ein „Missverständnis“ — oder sollte es nicht vielleicht eine kleine Missstimmung gewesen sein? — in Amerika beseitigt worden. Der „Petit Parisien“ berichtet: „Die Meldung, daß der Botschafter Bèrenger den Auftrag erhalten hat, die französische Auffassung über die Vertagung der Washingtoner Regierung genau zu erklären, hat Befriedigung erragt. Der Botschafter wurde am 5. Februar, um 8 Uhr nachmittags, von dem Präsidenten Coolidge empfangen und hat ihm über alle Einzelheiten Mitteilung gemacht. Die erste Nachricht über den Aufbruch der Konferenz hatte die politischen Kreise Amerikas etwas beunruhigt. Man hatte in dem Beschluß ein Zögern Europas, und besonders Frankreichs zu erkennen geglaubt, an dem Werk der internationalen Abrüstung teilzunehmen. Die Erklärungen Bèrengers haben jetzt einer Lage ein Ende gemacht, die beinahe schon den Charakter eines diplomatischen Zwischenalles angenommen hatte. Es kann festgestellt werden, daß die Gerüchte, Präsident Coolidge wolle in kürzester Frist eine Abrüstungskonferenz nach Washington einberufen, jetzt hinwiegend sind. Obwohl eine offizielle Erklärung noch nicht erfolgt ist, darf damit gerechnet werden, daß Präsident Coolidge seinen Plan, eine Abrüstungskonferenz in Amerika zu veranstalten, aufgegeben hat und für die Zwecke der Genfer Konferenz wirken wird. Nur dann, wenn die Verhandlungen in Genf ergebnislos bleiben sollten, würde der Präsident vielleicht auf seinen alten Plan wieder zurückkommen.“ In den letzten Sätzen, die der Korrespondent des „Petit Parisien“ in Washington, wahrscheinlich nicht ohne besonderen Auftrag, niedergeschrieben hat, liegt eine Mahnung, die in Paris richtig verstanden sein dürfte. Es ganz identisch scheint die französische und amerikanische Auffassung über die Abrüstung noch immer nicht zu sein!

Bern, 6. Februar.

Die deutsche Reichsregierung hat ihre Zustimmung zur Vertagung der Abrüstungsvorkonferenz dem Gene-

ralesekretär mitgeteilt und gleichzeitig die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die Tagung der Kommission vor dem 15. Mai stattfindet.

Die Vertimmung des Präsidenten Coolidge.

(Funktelegramme unserer Korrespondenten.)

Washington, 6. Februar.

Die in Europa verbreiteten Berichte über einen angeblichen Plan der amerikanischen Regierung, unabhängig von der in Genf vorbereiteten Tagung, eine Abrüstungskonferenz nach Washington einzuberufen, beruhen auf irrtümlicher Auslegung der Äußerungen des Präsidenten Coolidge, über die wir bereits berichteten. Daß Amerika den Wunsch hegt, die Fragen der Abrüstung zu See getrennt von den Problemen der Landabrüstung zu erörtern, ist bekannt. Nachdem man aber in Washington die Einladung zur Genfer Vorkonferenz angenommen und auch gegen deren Vertagung bis zum Mai keine Einwendungen erhoben hat, versteht es sich von selbst, daß erst deren Verlauf abgewartet werden wird, bevor Entscheidungen über weitere Pläne getroffen werden. Präsident Coolidge hat seiner Vertimmung über die Vertagung der Vorkonferenz seinen Ausdruck verliehen. Es ist aber sicher, daß auch die Pariser Darstellungen, wonach lediglich die verpöleten (?) Einreichung des deutschen Antrags für seinen Beitritt zum Völkerbund diese Vertagung veranlaßt habe, hier von Anfang an nicht als befriedigend empfunden wurde. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß Washington etwa von seinem Entschluß, an der Vorkonferenz teilzunehmen, zurücktreten möchte. Keinerlei Absicht dieser Art liegt vor, aber der Wunsch aller maßgebenden Stellen, daß die Beratungen in Genf möglichst bald aufgenommen werden, ist äußerst lebhaft.

Die Anmeldung zum Völkerbund.

Die Konferenz der Reichs- und Länderminister.

Die Ministerpräsidenten der Länder sind heute vormittag um 11 Uhr unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in der Reichskanzlei zusammengetreten, um den Bericht der Reichsregierung über die Anmeldung beim Völkerbund entgegenzunehmen.

Reichsfinanzminister Dr. Stresemann referierte über die außenpolitische Lage, aus der er die Konsequenz zog, daß der Zeitpunkt für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nunmehr gekommen sei. Den Ministerpräsidenten wurde ferner der Gang des Aufnahmeverfahrens beim Völkerbund dargestellt. Die Aufnahme neuer Staaten in den Völkerbund regelt sich nach Artikel 1, Absatz 2 der Völkerbundscharta. Danach wird über ein Aufnahmegeguch durch Beschluß der Völkerbundsversammlung mit Zweidrittelmehrheit entschieden. Wenn Deutschland jetzt sein Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund unterbreitet, so ist zunächst die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Völkerbundsrates erforderlich, der eine ordentliche Vollversammlung des Völkerbundes anberaumen hat. Nach Artikel 1, Absatz 2 der Geschäftsordnung des Völkerbundsrates beschließt der Generalsekretär des Völkerbundes auf Weisung des Präsidenten des Völkerbundsrates den Termin der außerordentlichen Bundestagsversammlung. Und zwar soll die Einladung zu dieser Versammlung 20 Tage vor dem anberaumten Termin erfolgen. Hierbei handelt es sich um eine Soll-Vorschrift. Nach Absatz 4 des Artikels 1 der Geschäftsordnung kann von dieser 30-tägigen Frist abgesehen werden. Artikel III, Absatz 2 der Geschäftsordnung des Völkerbunds regelt vor, daß die Einberufung zur ordentlichen Vollversammlung vier Monate vor dem Zusammentritt der Vollversammlung erfolgen soll. Aber auch hier handelt es sich nur um eine Soll-Vorschrift, da der Bundesrat jederzeit diese Frist durch einen entsprechenden Beschluß abkürzen kann. Es ist deshalb technisch durchaus möglich, daß bei Vorliegen des deutschen Aufnahmegeguches die Einberufung der Sitzung des Völkerbundsrates sofort erfolgt, und daß auch die Anberaumung des Termins für die Völkerbundsversammlung in kürzester Zeit erfolgt. Ob der Generalsekretär und Völkerbundrat von dieser möglichen Beschleunigung des Aufnahmeverfahrens Deutschland gegenüber Gebrauch macht, muß abgewartet werden.

Die Ministerpräsidenten der Länder treten heute nachmittags noch einmal zusammen, um zu dem Anmeldebuchschreiben der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Die endgültige Formulierung dieser Anmeldebuchnote soll erst nach dieser Stellungnahme der Ministerpräsidenten erfolgen. Die Entscheidung darüber trifft dann die Kabinettsitzung, die am Montag unter Vorsitz des Reichspräsidenten zusammentritt.

Vor einer Rede Mussolinis über Südtirol.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Rom, 6. Februar.

In der Kammer hat der faschistische Generalsekretär Farinacci eine Anfrage über die gegen Italien gerichteten Ausführungen des bayerischen Ministerpräsidenten Gehl in Münchener Landtage sowie über die italienisch-deutschen Beziehungen überhaupt beantwortet. Wie verlautet, wird Mussolini noch heute ausführlich antworten.

Wien, 6. Februar.

Die der „Neuen Freien Presse“ aus Tirol gemeldet wird, begannen in Südtirol bereits die Ausweisungen von Deutschen, die bisher italienische Staatsangehörige waren. Infolge Widerstands der seinerzeit ihnen zugewiesenen italienischen Staatsangehörigkeit haben 84 Personen Ausweisungsbefehle erhalten. Die Betroffenen sind alle Deutsch-Südtiroler, und zwar Handel- und Gewerbetreibende, Beamte und Lehrer.

Ueber zwei Millionen Arbeitslose.

Die neueste Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. — Was geschieht für die Arbeitslosen? — Eine Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums. — Größte Beschleunigung der Maßnahmen der Regierung notwendig.

Rom

Paul Steinborn.

Am 15. Januar sind in Deutschland insgesamt 1 762 000 Vollerwerbslose gezählt worden. Die Ziffer vom 1. Februar ist noch nicht bekannt, aber es ist anzunehmen, daß gegenwärtig erheblich mehr als zwei Millionen deutsche Arbeiter beschäftigungslos sind. Zu ihnen stößt das Riesenhier der Kurzarbeiter, kommen die Millionen ihrer Angehörigen hinzu, sind die Ausgesetzten und Nichtunterstützten mit in Rechnung zu stellen. Bereits Ende November des vergangenen Jahres betrug allein die Zahl der Kurzarbeiter 2 1/2 Millionen. Die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung sind dem Prohibitiv dieses verhängnisvollen Tatbestandes. In der Presse, im Parlament drängt es sich immer wieder in den Vordergrund, und in stets neuer Form erhebt sich die Frage: Wird die Entwicklung so wie bisher weitergehen? Wann wird eine rückläufige Bewegung eintreten? Was geschieht, damit diese Millionen, ihrer Basis beraubter Existenzen dem Produktionsprozess wieder eingegliedert werden?

Der Zusammenbruch auf dem Arbeitsmarkt hat einen Umfang angenommen, der selbst diejenigen überlastet hat, die von vornherein erkannt hatten, was die sogenannte „Reinigungsfrist“ bedeuten würde. Der heutige Stand der Dinge erweckt Befürchtung jedoch auch deshalb, weil er sich sozulange über Nacht und in einem atemraubenden Tempo herausgebildet hat. Nachdem wir im Juni vorigen Jahres den niedrigsten Stand von etwa 198 000 Arbeitslosen zu verzeichnen hatten, stieg die Kurve von da an bis zum 1. Dezember monatlich etwa um 10 000 Mann, am insgesamt 678 315 Hauptunterstützte. Im 15. Dezember ergab die Berechnung dann jedoch plötzlich die erschreckende Zahl von 1 057 031 Vollerwerbslosen. Es war also fast eine Verdoppelung eingetreten, und bis zum 1. Februar dieses Jahres sind aus einer Million über zwei Millionen Hauptunterstützte geworden. Seit Kriegsende betrug die Höchstzahl der durchschnittlich 600 000, das überhaupt jemals errechnete Maximum erreichten wir zu Beginn 1924 nach der Ruhrkrise mit drei Millionen Arbeitslosen. Wir sind heute noch ein Stück davon entfernt. Aber der Wurzelschmerz seit Anfang Dezember ist tiefer als in allen früheren Krisen.

Es wurde bereits gesagt, daß die jetzige Lage auf dem Arbeitsmarkt auch für den Schächter etwas Unerwartetes hat, aber man darf nicht vergessen, daß sie nur Teil und Folge der Krise ist, in der sich die deutsche Wirtschaft überhaupt befindet, und die infolge ihres Umfangs ebenfalls die Voraussetzungen hinter sich läßt. Unmittelbar nach der Marktstabilisierung haben Führer des deutschen Wirtschaftslebens mit Bestimmtheit versichert, daß der sofortige Zusammenbruch der überorganisierten und falsch eingestellten deutschen Produktion unabweisbar sei. Diese Prophezeiung hat sich nicht bestätigt. Im Gegenteil, die Lebensgrundlage der deutschen Wirtschaftskatastrophe schuf im Ausland neues Vertrauen, und die Dawes-Gesetze öffneten einen Teil des ausländischen Kreditmarktes. Die Landwirtschaft erwang sich die Zölle und schützte sich in deren Schutz sicher. All dies führte dazu, daß man aus dem Ausbleiben der gefährdeten Krise leichtsinnig die Befestigung, oder zum mindesten die Vertagung der drohenden Gefahr überhaupt entnahm. Man wogte sich in Sicherheit, bis es eines Tages ein schmerzhaftes Erwachen gab, bis es im Gehäß der großen Konzerne zunächst knirscherte und schließlich frachtete. Das Schicksal der Stämme, Stumm, Krupp, geriet alle Scheiter. Und was bisher aufgehoben worden war, sollte nun schleunigst nachgeholt werden. Die Montanindustrie schloß sich zusammen, die Automobilindustrie will endlich das Problem des Existenzkampfes in Angriff nehmen. Aber das geschieht alles erst, nachdem zum Beispiel die Landwirtschaft als Käufer für die Industrie so gut wie völlig aus der Rechnung gefallen war. Man braucht nun nur noch auf das französische „Dumpeing“ infolge des Francverfalls und auf die Subventionenpolitik der englischen Regierung gegenüber dem englischen Bergbau hinzuweisen, und man erkennt einige weitere entscheidende Ursachen für die Größe der jetzigen deutschen Wirtschaftskrise. In der Zeit von August bis Oktober vorigen Jahres wurden in England über 120 Millionen Mark in den englischen Kohlenbergbau hineingesteckt, wurde die Förderung allein im November um 1 Million Tonnen gesteigert und 20 000 Bergarbeiter neu eingestellt. Der Absatz der deutschen Kohle nicht nur im Auslande, sondern sogar in Deutschland selbst, mußte durch diese Konkurrenz schwer behindert werden.

Von den Ursachen kommen wir zu den Folgerungen, die aus der gegenwärtigen katastrophalen Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt gezogen werden müssen. Da sei zunächst gesagt, daß die bisher scharf anliegende Kurve menschlicher Berechnung nach demnachst aus natürlichen Gründen ein Nachlassen zeigen wird. Die Saisongewerbe, als da sind Bauindustrie, Transportgewerbe und vor allem die Landwirtschaft, schaffen sich an, mit Beginn des Frühjahrjahres, also bereits in wenigen Wochen, erhebliche Massen Erwerbsloser aufzunehmen.